

**Einführungs- und Übergangserlass zur Verordnung über Anforderungen an den
Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke
(Ersatzbaustoffverordnung – ErsatzbaustoffV)**

RdErl. des MWU vom 21.04.2023 – 44.67025-1/3/5344/2023-EBVEinfErl

Bezug: RdErl. des MULE vom 15.04.2019 – 44.7-67003-RsVminA

1 Grundsätze

Die „Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke“¹ (Ersatzbaustoffverordnung – ErsatzbaustoffV) regelt erstmalig und bundeseinheitlich Anforderungen an die Herstellung und Verwendung mineralischer Ersatzbaustoffe und tritt zum 01.08.2023 in Kraft.

Bisher wurden Anforderungen zur Verwendung mineralischer Abfälle in technische Bauwerke, als Kriterien zur schadlosen und ordnungsgemäßen Verwertung gem. § 7 Abs. 3 KrWG, in Sachsen-Anhalt durch die „Regelungen für die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen“ (kurz: „RsVminA“) gestellt. Mit Inkrafttreten der ErsatzbaustoffV verlieren die Anforderungen bisheriger Regelungen ihre Gültigkeit.

Infolge von Übergangsvorschriften (insbesondere gem. § 28 Abs. 1 BBodSchV n.F.) kann jedoch die Anwendung bisheriger Regelungen als Grundlage für die Materialeinstufung herangezogen werden. Eine Vergleichbarkeit zwischen den Materialeinstufungen der RsVminA und ErsatzbaustoffV ist vor dem Hintergrund unterschiedlicher analytischer Untersuchungsschritte nicht möglich.

Auf Grund der sich aus der ErsatzbaustoffV ergebenden Veränderungen über die Herstellung und Verwendung von mineralischen Ersatzbaustoffen sowie der erforderlichen Anpassung von Prozess- und Organisationsstrukturen Wirtschaftsbeteiligter, Bauherren und Verwender gelten folgende Vorschriften zur Erleichterung bis zum Inkrafttreten sowie zur Umsetzung der ErsatzbaustoffV.

2 Anwendungsbereich

Dieser Erlass gilt für die vorzeitige Umsetzung der ErsatzbaustoffV und den Übergang der bisher geltenden Vorschriften der „RsVminA“.

¹ Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke (Ersatzbaustoffverordnung); Bundesgesetzblatt Jg. 2021 Teil 1 Nr. 43; 16. Juli 2021, S. 2598

3 Zuständigkeiten

Für den Vollzug der ErsatzbaustoffV gilt in der Regel folgende behördliche Zuständigkeit und Zusammenarbeit:

- 3.1 Da die ErsatzbaustoffV grundsätzlich als eine abfallrechtliche Regelung einzuordnen ist, sind insoweit die Abfallbehörden die zuständigen Vollzugsbehörden.
- 3.2 Bei behördlichen Entscheidungen gem. Abschnitt 4 ErsatzbaustoffV (Einbau von mineralischen Abfällen) hat die zuständige Abfallbehörde Einvernehmen mit der zuständigen Bodenschutzbehörde und der zuständigen Wasserbehörde herzustellen.
- 3.3 Einzelfallentscheidungen und Zuordnung oder Bestimmung von Gebieten nach § 21 Abs. 4 oder 5 ErsatzbaustoffV treffen die Abfallbehörden im Einvernehmen mit der zuständigen Wasserbehörde (Abs. 4) oder der zuständigen Bodenschutzbehörde (Abs. 5).
- 3.4 Die zuständige Abfallbehörde hat gem. § 23 ErsatzbaustoffV die Verwendung anzeigepflichtiger Ersatzbaustoffe in einem Kataster zu dokumentieren.
- 3.5 Die Klassifizierung von Bodenmaterial und Baggergut beim Vorhandensein nicht genannter Parameter gem. § 16 Abs. 1 Satz 2 ErsatzbaustoffV erfolgt mit Zustimmung der Abfallbehörde im Einvernehmen mit der zuständigen Bodenschutzbehörde und der zuständigen Wasserbehörde.

4 Vorzeitige Herstellung und Verwendung von mineralischen Ersatzbaustoffen nach der ErsatzbaustoffV

Die nachfolgenden Bestimmungen sind bereits vor Inkrafttreten der ErsatzbaustoffV (21.04.2023 – 31.07.2023) anzuwenden. Diese können alternativ zu den Bestimmungen der „RsVminA“ angewendet werden.

4.1 Herstellung

- 4.1.1 Betreiber von Abfallaufbereitungsanlagen können mineralische Ersatzbaustoffe vor dem Inkrafttreten der ErsatzbaustoffV und abweichend von den Bestimmungen der „RsVminA“ gemäß der ErsatzbaustoffV herstellen; Anlage 1, 4 und 5 ErsatzbaustoffV gelten entsprechend.
- 4.1.2 Die Herstellung mineralischer Ersatzbaustoffe hat nach der Güteüberwachung des Abschnittes 3, Unterabschnitt 1 ErsatzbaustoffV zu erfolgen. Zusätzlich ist bei der Herstellung von Recycling-Baustoffen oder der Annahme von nicht aufbereiteten Bodenmaterial und nicht aufbereiteten Baggergut Abschnitt 2 ErsatzbaustoffV (Annahme von mineralischen Abfällen) anzuwenden.
- 4.1.3 Abweichend von Ziffer 4.1.2 entfällt die Pflicht zur Erbringung des Eignungsnachweises. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass der Eignungsnachweis bereits vor Inkrafttreten der Ersatzbaustoffverordnung erbracht werden kann.

- 4.1.4 Die Güteüberwachung beinhaltet die Zuordnung der hergestellten mineralischen Ersatzbaustoffe nach Materialart und Materialklasse gem. den Zuordnungstabellen der ErsatzbaustoffV. Die Gleichsetzung oder der Umstieg von mineralischen Abfällen zur Verwertung nach der Systematik der „RsVminA“ ist auf Grund des Beprobungs- und Analyseregimes nicht möglich und nicht gestattet.
- 4.1.5 Erzeuger und Besitzer von nicht aufbereitetem Bodenmaterial und nicht aufbereitetem Baggergut, das in ein technisches Bauwerk eingebaut werden soll, sowie Betreiber eines Zwischenlagers können die Bestimmungen des Abschnittes 3, Unterabschnitt 2 ErsatzbaustoffV (Untersuchung von nicht aufbereitetem Bodenmaterial und nicht aufbereitetem Baggergut) anwenden, soweit dies dem derzeit geltenden bodenschutzrechtlichen Bestimmungen (BBodSchV a.F.) nicht entgegensteht.

4.2 Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen

- 4.2.1 Bauherren oder Verwender mineralischer Ersatzbaustoffe können, unter den Bedingungen des Abschnittes 4 der ErsatzbaustoffV (Einbau von mineralischen Abfällen), mineralische Ersatzbaustoffe in technische Bauwerke einbauen.
- 4.2.2 Insbesondere ist folgendes zu berücksichtigen:
- a) Der mineralische Ersatzbaustoff fällt unter die bezeichneten Stoffe gem. § 2 Nr. 18 bis 33 ErsatzbaustoffV.
 - b) Der mineralische Ersatzbaustoff wurde nach den Anforderungen der ErsatzbaustoffV hergestellt, untersucht und klassifiziert. (vgl. Ziffer 4.1)
 - c) Der mineralische Ersatzbaustoff wird entsprechend Anlage 2 und 3 ErsatzbaustoffV in technische Bauwerke eingebaut.
 - d) Andere Materialklassen oder Einbauweisen, die in der ErsatzbaustoffV nicht genannt sind, sind für den Übergang nicht zugelassen.
 - e) Die zusätzlichen Einbaubeschränkungen bei bestimmten Schlacken und Aschen gem. § 20 ErsatzbaustoffV sowie die Anzeigepflichten gem. § 22 ErsatzbaustoffV sind analog anzuwenden und einzuhalten.
- 4.2.3 Zusätzliche Bestimmungen
- a) Bei den hergestellten und eingebauten mineralischen Ersatzbaustoffen (vgl. Ziffer 4.1 und 4.2) sind die Dokumentationspflichten gem. § 25 ErsatzbaustoffV einzuhalten.
 - b) Die Pflichten zur Katasterführung gem. § 23 ErsatzbaustoffV sind ebenfalls von der zuständigen Abfallbehörde vorzunehmen. Für die Datenerfassung der Vor- und Abschlussanzeige sollen die in der Anlage 1 und 2 beigefügten Excel-Tabellen genutzt werden

5 **Nach Inkrafttreten der ErsatzbaustoffV**

Die nachfolgenden Bestimmungen sind ab Inkrafttreten der ErsatzbaustoffV (01.08.2023) anzuwenden.

- 5.1 Die ErsatzbaustoffV ist als bundesgesetzliche Regelung ab dem 01.08.2023 anzuwenden; die Bestimmungen zu Ziffer 4 entfallen.
- 5.2 Die Anwendung abweichender Vorschriften, insbesondere nach der „RsVminA“ oder anderen Vorschriften zur Verwertung mineralischer Abfälle (z.B. LAGA M20), ist grundsätzlich nicht gestattet. Abweichend hiervon, können die Vorschriften im Rahmen von Zulassungen gem. § 27 Abs. 3 ErsatzbaustoffV und § 28 Abs. 1 BBodSchV n.F. bis zum Ablauf der Übergangsfrist weiterhin angewendet werden.
- 5.3 Die eingestellte bzw. wiederaufgenommene Fremdüberwachung für Aufbereitungsanlagen ist gemäß § 13 Abs. 3 und 4 ErsatzbaustoffV von der jeweils zuständigen Abfallbehörde auf ihrer Internetseite bekannt zu geben.

Die Bekanntgabe der eingestellten bzw. wieder aufgenommen Fremdüberwachung ist somit auf Grund unterschiedlicher Zuständigkeiten des Landesverwaltungsamtes und der Landkreise und kreisfreien Städte verteilt.

Das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (LAU) fasst die entsprechenden bekanntgebenden Aufbereitungsanlagen daher zusätzlich redaktionell zusammen und gibt diese ebenfalls auf ihrer Internetseite bekannt. Hierfür sind dem LAU die erforderlichen Informationen unverzüglich zu übermitteln.

- 5.4 Die aktuellen Empfehlungen und Vollzugshinweise der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) zur Anwendung der ErsatzbaustoffV sind, sofern keine abweichenden Vorschriften anderes regeln, zu beachten.

6 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieser RdErl. tritt am 21.04.2023 in Kraft; der Bezugserlass tritt am 31.07.2023 außer Kraft, sofern der Anwendungsbereich der ErsatzbaustoffV eröffnet ist.

Im Auftrag



Gesa Kupferschmidt

7 Hinweise

7.1 Eignungsnachweis

Der Eignungsnachweis (EgN) ist Teil der Güteüberwachung und besteht aus einer Erstprüfung (analytische Beurteilung) und Betriebsbeurteilung (technische, organisatorische und personelle Eignungsfeststellung). Die Erstprüfung und Betriebsbeurteilung ist von einer Überwachungsstelle durchzuführen und im Ergebnis durch ein ausgestelltes Prüfzeugnis zu dokumentieren. Erst mit Vorliegen des Prüfzeugnisses dürfen mineralische Ersatzbaustoffe in Verkehr gebracht werden. (vgl. § 5 Abs. 5 ErsatzbaustoffV)

Die ErsatzbaustoffV enthält zum EgN Übergangsvorschriften:

- Betreiber von Aufbereitungsanlagen, die vor dem 01.08.2023 (Inkrafttreten) in Betrieb sind, können den EgN bis zum 01.12.2023 erbringen. (vgl. § 27 Abs. 1 ErsatzbaustoffV);
- Betreiber von Aufbereitungsanlagen können bis zum 01.12.2023 auch dann mineralische Ersatzbaustoffe Inverkehrbringen, soweit ein bestandener Eignungsnachweis noch nicht durch ein ausgestelltes Prüfzeugnis dokumentiert ist. (vgl. § 27 Abs. 2 ErsatzbaustoffV)

Generell ist zu beachten, dass die Durchführung der sonstigen Güteüberwachung (werkseigene Produktionskontrolle und Fremdüberwachung) nicht durch die o.g. Übergangsvorschriften erfasst sind.

Im Rahmen der Erstprüfung ist die Ermittlung der zu untersuchenden Eluatkonzentration aus dem Ergebnis des ausführlichen Säulenversuches (DIN 19528:2009-01) gem. § 9 Abs. 2 ErsatzbaustoffV obligatorisch. Es ist eine starke Zunahme der Nachfrage und Auslastung entsprechender Laborkapazitäten zu erwarten. Es ist empfehlenswert, Betreiber von Aufbereitungsanlagen hierüber zu informieren und die Möglichkeit einer frühzeitigen Durchführung der Untersuchungen für die Erbringung des EgN aufzuzeigen.

7.2 Ersatzbaustoffkataster

Im Ersatzbaustoffkataster ist die Verwendung anzeigepflichtiger mineralischer Ersatzbaustoffe (vgl. § 22 i.V.m. § 20 ErsatzbaustoffV) zu dokumentieren. Die Dokumentation enthält die Angaben der Vor- und Abschlussanzeige. Diese ist von den zuständigen Behörden im elektronischen Kataster einzupflegen. Solange ein elektronisches Kataster nicht zur Verfügung steht, sollen die Informationen in dem beiliegenden Excel-Tabellen erfasst werden. Derzeit wird ein bundesweit einheitliches elektronisches Kataster angestrebt. Sobald dieses Kataster zur Verfügung steht, sind die vorher geführten Katasterinformationen zu überführen. Zur Minimierung des Aufwands bei der Überführung, werden geeignete Datenschnittstellen anhand der Informationsstruktur der beiliegenden Excel-Tabellen erarbeitet.

7.3 Hintergrundwerte im Grundwasser

Als Hintergrundwert wird nach § 1 Nr. 2 Grundwasserverordnung (GrwV) ein in einem Grundwasserkörper nicht oder nur unwesentlich durch menschliche Tätigkeit beeinflusster Konzentrationswert eines Stoffes oder eines Wertes eines Verschmutzungsindikator definiert. Diese wurde in Sachsen-Anhalt nach § 5 Abs. 2 GrwV bestimmt. Der Bericht

„Geogene Hintergrundwerte für das Grundwasser in Sachsen-Anhalt und Ableitung von Schwellenwerten“ zu den Hintergrundwerten für das Grundwasser in Sachsen-Anhalt ist auf der Internetseite des Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft, unter <https://lhw.sachsen-anhalt.de/gewaesserkundlicher-landesdienst/berichte-veroeffentlichungen/grundwasser-lysimeter> veröffentlicht.

Anlage 1 – Katasterführungshilfe Straßen- und Erdbau

Anlage 2 – Katasterführungshilfe Bahnbauweisen